

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile über deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 91.

Freitag den 20. April 1900.

7. Jahrgang.

Arbeiter! Rüstet zu einer würdigen Feier des 1. Mai!

Der Kampf um den Zoll.

Gleich nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags am 24. v. M. werden wir das große agrarische Schlupfgeheiß um das Fleischverbot erleben. Zwar haben uns die Beschwichtigungshofrätthe gesagt, daß es keine Gefahr habe, weil die Regierung sich auf nichts einlassen wolle, auch habe ein fertiges Kompromiß zwischen dem Zentrum und dem „besonnenen Theil“ der Konservativen das Fleischverbot beseitigt. Indessen beweist das Geschrei der agrarischen Bundeshauptlinge, daß sie auf nichts verzichten wollen. Und in Wirklichkeit haben sie auch auf nichts verzichtet, als auf die Zeitbestimmung des Fleischverbotes. Mit dem Ablauf des gegenwärtigen deutsch-amerikanischen Handelsvertrages sollte die Einfuhr ausländischen Fleisches überhaupt verboten werden. Jetzt wollen es die Agrarier unterlassen, weil sie sich im Augenblick zu schwach fühlen, diese Zeitbestimmung schon jetzt gesetzlich festzulegen, ihre Absicht aber, mit dem Ablauf des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages die Fleischvertheuerung durchzuführen, bleibt nichtsdestoweniger bestehen. Der Kampf um das Fleischverbot ist demnach das Vorgeheiß für den großen Sturm- und Sturz der Agrarier, die die Agrarier für 1903 planen. Die Situation hat nichts von ihrer Gefährlichkeit eingebüßt.

Wir gehen einer Periode des wilden Lebensmittelschwunders entgegen; die Industrie und die industrielle Arbeiterklasse werden den Schaden zu tragen haben, wenn die Industrie sich nicht heizigen aufrafft und Widerstand leistet. Es scheint, als ob die Industrie trotz allen Hasses gegen die organisierte Arbeiterklasse dies einzusehen beginnt. In Sachsen, dem Lande der höchst entwickelten Industrie und der höchst entwickelten Sozialdemokratie, wagt sich bisher aus Furcht vor der Sozialdemokratie Agrarier und Industrielle politisch fest zusammenzuhalten, fängt es an zu bröckeln. Die Industrie ist durch die Unverschämtheit der agrarischen Deutepolitik ernsthaft in ihren Interessen bedroht, und sie beginnt in dem Kampfe um die Zollfragen sich auf Seiten der sozialdemokratischen Industriearbeiter zu schlagen. Zwar wird niemand so thöricht sein, davon eine Wandlung in der Behandlung der sächsischen Sozialdemokratie durch die Herrschenden zu erwarten — dafür sorgt schon das sächsische Polizeiregiment — wohl aber kann dadurch der politische Besitzstand der Agrarier in Sachsen erschüttert werden. Jedenfalls ist das Abwärtigen der Industrie von den Konservativen Sachsens recht bezeichnend für die gegenwärtigen politischen Zustände.

Die Industrie hat allerdings auch Ursache, sich auf den Weg zu begeben. Theures Brod und theures Fleisch zwingt die industriellen Arbeiter zu wirtschaftlichen Kämpfen, und will sie diese vermeiden, so muß sie durch vernünftige Wirtschaftspolitik vorbeugen. Die jahrzehntelange Überlegenheit der englischen Industrie besteht nicht in der größeren Marine, sondern im billigen Brod. Eine verständige Wirtschaftspolitik muß als Leitmotiv die Beschaffung billiger Lebensmittel für die arbeitenden Massen haben.

Die bankrotteten Agrarier erstreben jetzt das Gegenheil. Eben schlägt der agrarische Abgeordnete Gamp wieder „bewegliche Getreidezölle“ vor. Schon im Jahre 1887 haben die Agrarier bereits für Getreidezölle eine „gleitende Skala“ vorgeschlagen, die ermöglichen sollte, je nach dem Stande der Getreidepreise die Getreidezölle höher oder niedriger festzusetzen. Mit brutaler Offenheit sollte also durch die Gesetzgebung ausgedrückt werden, der Getreidezoll sei das Mittel, den Junkern stets „anständige“ Preise zu sichern. Jetzt wird die Einführung von neuem angeregt und betont, „gleitende Getreidezölle seien das einzige Mittel, die Klagen der Landwirtschaft aufhören zu lassen.“ Auch ein agrarischer Professor Ehrenberg in Göttingen, besorgt jetzt „wissenschaftlich“ die Geschäfte des Junkerthums, indem er für eine „elastische Grenze“ des Getreidezolles je nach dem Getreidepreise eintritt. Man sieht daraus, was für 1903 von den Agrariern geplant ist!

Es ist durchaus irrig, aus dem zeitigen Widerstand der Reichsregierung gegen das Fleischverbot zu schließen, daß sie überhaupt gegen die agrarische Vertheuerungspolitik sei. Sie thut vielmehr alles, sie der Industrie wenigstens theilweise mundgerecht zu machen, indem die der Regierung nahestehenden Kreise der Industrie ebenfalls ein schärferes Anziehen der Zollschraube empfehlen. Der „Wirtschaftliche Ausschuss“, der die Vorbereitung der Handelsverträge betreibt, will der Eisen- und Maschinenindustrie Erhöhungen der Zollsätze auf Nähmaschinen, Textilmaschinen, auf Fahrräder und Theile der Fahrradproduktion vorschlagen. Dem soll dann folgen die Aufhebung der Zollfreiheit für Schiffsbaumaterialien usw. Es ist ja nicht zu bezweifeln, daß ein Theil der deutschen Industrie sich durch den Köder wird einfangen lassen; welchen Nutzen sollen aber solche von den Agrariern vertheilten „Geschenke“ haben, wenn sie mit theurem Brod und Fleisch bezahlt werden müssen? Den Schaden hat die bleiche deutsche Näherin, die die Nähmaschine auf Abzahlung kaufen muß, der hungernde Hausindustrielle der Textilindustrie, der den mechanischen Webstuhl theurer bezahlen muß und der Arbeiter im allgemeinen, für den das Fahrrad ein notwendiges Verkehrsmittel von und zur Arbeitsstätte geworden ist. Den Schaden hat mit einem Wort: das arbeitende Volk!

Die nächste Zeit muß es ausweisen, ob die deutsche Industrie kurzfristig genug ist, sich für die wüste Deutepolitik der Ostelbier ködern zu lassen oder ob sie einig und geschlossen Front macht, gleich den klaffenbewußten Arbeitern und in die Bahnen einer freien wirtschaftlichen Entwicklung einlenkt. Das arbeitende Volk wird gut thun, sich auf die eigene Kraft zu verlassen und mit hellen Augen die Schachermacherei zu verfolgen, bei der es sich um seine Haut handelt.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Das Büchsenfleisch soll bekanntlich ein Opfer der agrarischen Fürsorge für die Volksgesundheit werden; auch die Regierung will dem Einfuhrverbot für diesen Artikel zustimmen. Das würde aber eine den Agrariern gemachte Konzession sein, die die deutschen Konsumenten empfindlich fühlen würden; das ist um so bedauerlicher, weil das Büchsenfleisch besonders in Arbeiterkreisen sehr beliebt ist und nicht die mindeste Veranlassung besteht, daß dieses Fleisch die Volksgesundheit in irgend welcher Weise gefährden könnte. Wie die Regierung selbst in der Begründung zu dem Fleischengesetz ausführt, wird das Büchsenfleisch bei der Fabrikation einer so intensiven Hitze ausgesetzt, daß jeder etwa vorhandene Krankheitskeim vernichtet werden muß. Außerdem wird jeder Sendung aus Amerika ein regierungseitiges Attest beigegeben, daß das zu Büchsenfleisch verwendete Vieh untersucht und gesund befunden worden ist. Wie die Regierung da in ein Gesetz Verbotbestimmungen einfügen kann, das nur hygienischen Zwecken dienen soll, ist unbegreiflich. Von welcher Bedeutung ein Einfuhrverbot für Büchsenfleisch ist, darüber geben die Zahlen über die Einfuhr Aufschluß. Die Einfuhr von Büchsenfleisch betrug im Jahre 1899 39 774 Doppelzentner. Davon kamen aus den Vereinigten Staaten von Amerika 25 385 Doppelzentner, aus Britisch-Australien 11 860 Doppelzentner und aus Uruguay 1325 Doppelzentner. Dieses Einfuhrverbot macht das Fleischengesetz zu einem Fleischvertheuerungsgesetz. Unsere Forderungen können nur dahin gehen, alles zu beseitigen, was im Interesse der Volksgesundheit nicht nöthig ist. Es müßte da mit dem Einfuhrverbot für Pökelfleisch auch das für Büchsenfleisch fallen.

„So stopft der Metzger Würste, aber eine parlamentarische Körperschaft — so schreibt nicht mit Unrecht die „Röln. Volksztg.“ — ist doch keine Wurstmachine.“ Die „Röln. Volksztg.“ kommt zu diesem Vergleich durch die Wahrnehmung, daß dem Reichstage alles Mögliche an Gesetzentwürfen zugeschoben wird, wie und wann es gerade fertig ist. „Man sollte doch endlich einmal etwas mehr Plan und Ordnung in den Vorlagen beobachten,

vor Beginn einer Tagung sich einen Ueberschlag machen, was der Reichstag etwa bewältigen kann und danach eine Auswahl treffen.“

Zum Fleischbeschaugesetz bemerkt der Berliner Korrespondent der „Münch. Allg. Ztg.“ am Schlusse eines Artikels: „Schlimmstenfalls ist also möglich, daß gar nichts zu Stande kommt. Tragisch braucht man das nicht zu nehmen; da der hygienische Werth des Gesetzes in der Gestalt, wie es eventuell in Kraft treten würde, nicht hoch anzuschlagen wäre, so ließe sich sein Scheitern verschmerzen.“

Agrarische Zollwünsche. Ueber die Beratungen des wirtschaftlichen Ausschusses für die Vorbereitung des neuen Zolltariffes bekannt. Zu diesen Beratungen waren u. A. kürzlich auch Sachverständige des Brauereis- und Mälzereigewerbes, der Brennerei mit Essig- und Geseffabrikation, sowie der Müllerei eingeladen worden. Soweit sich diese Besprechung auf das Waarenverzeichnis bezog, nahm sie einen durchaus ruhigen und sachlichen Verlauf. Nachdem aber Herr Geh. Rath Wermuth auch die Höhe der Zollsätze in die Debatte gezogen hatte, wurde von den anwesenden Vertretern der Landwirtschaft sofort eine Erhöhung des Gerstenzollens von 2 Mk. auf 5 Mk. pro Doppelzentner und eine Erhöhung des Hopfenzollens von 14 Mk. auf — sage u. schreibe — 100 Mk. pro Doppelzentner befürwortet. Der Einwand, der von den Vertretern des Brauergewerbes erhoben wurde, daß eine solche Zollerhöhung einerseits eine durchaus unberechtigte und unerträgliche Vertheuerung der hauptsächlichsten Rohstoffe der Brauerei bedeute, daß andererseits Deutschland den Bedarf an Braugerste gar nicht zu decken vermag und österreichischer Hopfen zu gewissen Bieren nicht entbehrt werden könne, wurde mit den bekannten Schlagworten von dem notwendigen Schutz der deutschen Produktion und der nothleidenden Landwirtschaft abgethan. Auch der Hinweis, daß es zur Beurtheilung solcher einschneidenden Forderungen im Augenblick an dem erforderlichen statistischen Material fehle, auch mehrere Sachverständige nicht persönlich erschienen seien, weil sie angenommen hätten, daß es sich lediglich um die Besprechung formaler Fragen handle, half den Interessenten der Brauindustrie nichts. Es wurden vielmehr von dem Vertreter des Reichsamts des Innern die geäußerten Wünsche dankbar entgegengenommen und obenin die Bitte ausgesprochen, wenn sonst noch Wünsche auf Zollschutz vorliegen, sie ja bis Ostern zur Kenntniß der Regierung zu bringen. Wie die „Bis. Korr.“ hört, hat dieses Vorkommniß eine berechtigte Erregung in den Kreisen des Brauergewerbes hervorgerufen und es ist bereits in einer Sitzung des deutschen Brauerbundes beschlossen worden, eine Eingabe an den Reichskanzler zu richten, in welcher die Folgen derartiger Maßnahmen dargelegt werden sollen. Eine Erhöhung des Zollsatzes für Gerste von 2 Mk. auf 5 Mk. pro Doppelzentner, also um das 2 1/2 fache, bedeutet natürlich nicht nur eine Vertheuerung der ausländischen Gerste, sondern auch der inländischen um 30 Mk. pro Doppelzentner. — Unerhört ist's, wie Regierungsvertreter solche Vorschläge „dankbar entgegennehmen“ und die Agrarier zu weiteren „Wünschen auf Zollschutz“ ermutigen können!

Wie die Agrarier mit den Ministern umgehen. Nicht hinter den Spiegel stecken wird man sich in Berlin, so schreibt ein Thüringer Agrarierblatt; eine Antwort, die ein größerer Landwirth dem Reichsamt des Innern hat zu Theil werden lassen. Letzteres versendet Fragebogen zur Feststellung der zollpolitischen Behandlung einzelner Wirtschaftsprodukte. Ein derartiger Fragebogen, den Zuckerrübensaft betreffend, war auch dem größeren Landwirth Thüringens zugegangen, und dieser Herr besaß die Sachlichkeit und Liebenswürdigkeit, eine das Reichsamt verhöhnende Antwort einzusenden. Eine der gestellten Fragen lautete z. B.:

„Welche Wünsche hegen Sie in wirtschafts- und zollpolitischer Hinsicht bezüglich des Zuckerrübensaftes?“

Und der „größere“ Landwirth antwortete:

Die Bitte, das Gegentheil von dem zu thun, was die deutsche Reichsregierung seit dem Tode des großen Bismarck dem Auslande gegenüber, bezüglich der Getreide-, Woll-, Pferde-, Schlachtvieh-, Schlachtprodukt-, Seidenwolle-, Obstkäse-, Datteln-, Quebracho-, Einfuhr und Zollhöfe gethan hat.

In den agrarischen Kreisen des Bundes der Landwirth herrscht natürlich über solchen herausfordernden Hohn eitel Freude. Und die Regierung? Nun, sie steht auch das ein und paktirt mit den Landbündlern ruhig weiter.

Die Geisigen und Ritter sind die festesten Stützen aller Ordnung, und es ist deshalb nicht mehr als billig, daß sie gleichermaßen von Staatswegen geschützt werden. Ein erhabenes Beispiel der hohen Würdigung, welche selbst sonst sehr materiell denkende Verwaltungsressorts den Verdiensten der Kirche und ihrer Diener angedeihen lassen, bildet eine soeben ergangene Verfügung der Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen über die Benutzung der Staatsbahnen durch Mitglieder religiöser Orden. Sie lautet:

Es erscheint wünschenswerth, daß den Mitgliedern männlicher wie weiblicher religiöser Orden bei ihren Reisen auf den Staatsbahnen thunlichste Rücksichtnahme in der Weise zu Theil werde, daß sie möglichst getrennt von dem aus ungebildeten Volksklassen gebildeten Reisepublikum untergebracht werden. Dies wird sich durch Ermöglichung lassen, daß diesen Religiosen jeweils ein wenig besetztes oder, soweit angängig, ganz leeres Kappe dritter Klasse zur ungehörter Benutzung überlassen wird. Sollte dies in einzelnen Fällen bei besonders stark besetzten Zügen nicht möglich erscheinen, so wäre gegen die streckenweise Zulassung dieser Religiosen in einem Kappe zweiter Klasse — unter Umgehungnahme von der Beanspruchung der Preisdifferenz — eine Erinnerung nicht zu erheben. Noch wird zur Vermeidung von Mißverständnissen angefügt, daß die besonderen Preisermäßigungen, welche den harnbergerischen Schwestern in ihrer Eigenschaft als Krankenpflegerinnen zukommen, durch vorstehende Verfügung in keiner Weise berührt werden.

Mit welchem Rechte wird einem einzelnen Stande eine solche Bevorzugung eingeräumt? Die Verfügung ist ein würdiges bayerisches Geistesstück zu der preussischen Vorschrift, wonach den Kadetten besondere Kuppes anzuweisen sind. Die Stützen von Thron und Altar müssen auf jede Weise geschützt werden.

Freisinnige Wahlrechtsgegner. Wie weit die politische Verkommenheit des Freisinnigen gebietet ist, dafür haben die Gothaer Fortschrittler ein aufklärendes Beispiel in einem programmwidrigen Akt der Niedertracht geliefert, wie man ihn — auch bei stärkstem Mißtrauen — nicht hätte für möglich halten sollen. In dem Programm der Freisinnigen Volkspartei heißt es in den konstitutionellen Forderungen: „Erhaltung des geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Reichstag, Ausdehnung desselben auf die Landtagswahlen der Einzelstaaten, Sicherung der Wahlfreiheit.“ Selbst hinsichtlich des Kommunal-Wahlrechts, bei dem die kapitalistische Anschauung auch den Freisinnigen mit dem demokratischen Prinzip durchgeht, wird wenigstens gefordert, daß keine öffentliche Stimmgabe erfolgen soll. Nicht genug, daß die Freisinnigen aber gar nichts geleistet haben, um eine Verbesserung der Landtags- und Kommunal-Wahlgesetze zu bewirken, sie haben sich im liberalen Mutterland Sachsen-Koburg-Gotha sogar nicht gehalten, durch einen heiligen Tischendiebstahl das bestehende geheime Wahlrecht in ein öffentliches umzufalschen, indem sie eine alte nebenläufige Bestimmung des Wahlgesetzes nämlich mißbrauchten, die dazu bestimmt war, nicht des Schreibens fähigen Personen die Ausübung des Wahlrechts zu ermöglichen. Ueber den Fall freisinniger Korruption wird dem „Vorw.“ aus Gotha geschrieben:

Infolge des Austritts unseres ehemaligen Genossen und Landtags-Abgeordneten Röbler wurde eine Neuwahl im 1. Bezirk Gotha nöthig. Nach unserer Verfassung ist die Wahl indirekt, d. h. es müssen erst Wahlmänner gewählt werden, die dann den Abgeordneten wählen. Wahlberechtigt ist jeder gothaische Staatsangehörige, der 25 Jahre alt ist und eine Staatssteuer in beliebiger Höhe zahlt. Nach § 18 der Verfassung geschieht die Wahl der Wahlmänner mittelst Stimmzetteln. Der nächstfolgende § 19 schreibt ausführlich vor, wie diese Wahl vorzunehmen ist, zum Beispiel durch im Wahllokal eigenhändig zu schreibende Stimmzettel, verdeckte Abgabe, Niederlegung der Zettel in ein Gefäß z. i. w., alles Bekümmern, die ausschließlich auf eine Geheimhaltung der Wahl hinzielen. Nur am Schluß des ziemlich langen § 19 steht ganz beiläufig folgender Satz: „Ubrigens ist es jedem Wahlberechtigten nachgelassen, seine Stimme mündlich zu Protokoll zu geben.“ Aus diesem Schlußsatz hat nun die Partei der unentwegten Kämpfer für Freiheit, Freiheit und Recht den Stich gedrückt, durch den die Sozialdemokratie erschrocken werden sollte. Nicht nur forderte das freisinnige Wahlkomitee ihre Anhänger auf, mündlich zu wählen, sondern die Wahlbehörde, in der die Freisinnigen den Ausschlag geben, ordnete an, daß es jedem Wähler frei stehe, in der Weise mündlich zu wählen, daß er irgend eine Liste entweder durch einen Buchstaben oder durch den Namen des ersten Kandidaten bezeichne. Damit war die Geheimhaltung der Wahl aufgehoben. Da sich nur zwei Listen, eine freisinnige und eine sozialdemokratische (die andere Parteien gingen mit dem Freisinn), gegenüberstanden, so war derjenige, welcher schriftlich wählte von vornherein als Sozialdemokrat gekennzeichnet. Ein Feindesreich, der keine Gleichen hat.

Um aber die ganze Tragweite dieser Anordnung zu begreifen, muß man wissen, daß die bisherige mündliche Stimmgabe in der Weise erfolgt war, daß der Wähler, der nicht schreiben wollte, die Namen der Wahlmänner vom Schriftführer des Wahlkomitees einzeln aufschreiben ließ, ein außerordentliches Verfahren, von dem nur ganz selten Gebrauch gemacht wurde. Die ganze Bestimmung sollte überhaupt nur für diejenigen gelten, welche des Schreibens unfähig waren. Das geht deutlich aus der Verfassung vom Jahre 1848, nach der die jetzige Verfassung von 1862 gebildet ist, hervor. Dort heißt es ausdrücklich in dem beträchtlichen Paragraphen, der jetzt wörtlich in die neue Verfassung übernommen wurde, daß die mündliche Stimmgabe für die des Schreibens unfähigen oder verletzten Wähler (z. B. ein Blinden) gelten soll. Auch in dem Ausland

„a Protokoll geben“ liegt der Sinn, daß die Namen einzeln genannt, zu Protokoll gegeben werden müssen. Damit war nun dem edlen Freisinn nicht gebietet, denn eine solche mündliche Wahl würde sich bei einer etwas regen Betheiligung (es waren 26 Wahlmänner zu wählen) tagelang hingezogen haben, und darauf konnte sich die Wahlbehörde nicht einlassen. Daher der Kniff, die Liste nach dem ersten Namen zu bezeichnen und dadurch erst die mündliche, d. h. offene Wahl in größtem Maßstabe zu ermöglichen, obgleich der Staatsminister von Strauß in einer Verhandlung über Anträge zur Verbesserung des Wahlverfahrens ausdrücklich hervorgehoben hatte, daß unsere Verfassung eine Wahl nach Listen nicht gestattet.

Wir sehen also das erbauliche Schauspiel, daß eine Partei, die sich demokratisch nennt, die im Reichstag Antrag über Antrag stellt, um das geheime Wahlrecht zum Reichstag noch mehr zu sichern (Wahllokal, gesonderte Räume für die Stimmenden usw.), die in ihrem Programm und in ihren Wahlaufrufen das geheime Wahlrecht als ein Palladium der Demokratie preist: daß eine solche Partei die unklare Fassung eines Verfassungsparagraphen mißbraucht, um den Wählern das geheime Wahlrecht unter den Fingern wegzuzuschleichen. Dabei handelt es sich nicht etwa um Wabekämpfer, sondern um echte, unentwegte Mannesleuten, die in ihrer Beobachtung, deren Gothaer Organ sich einmal brüskete, daß der in Gotha gesponnene demokratische Faden noch etwas derber sei, als selbst der Richter in Berlin.

Der Wahlkreis ist uns mit 5-13 Stimmen Mehrheit entfallen worden, obgleich unsere Stimmenzahl sich von 191 auf 293 gehoben hat. Das unqualifizierbare Vorgehen hat seinen Zweck erfüllt. An eine Ungültigkeitserklärung ist nicht zu denken, da alle freisinnigen und liberalen Abgeordneten im Landtag das Mandat kürzlich gut geheißten haben und die Agrarier sich ihnen selbstverständlich anschließen. Wir haben somit bei den allgemeinen Wahlen zum Landtag, die im Herbst stattfinden, mit der offenen Stimmgabe zu rechnen. Trotzdem hoffen wir, unsere bisherigen Wahlkreise zu erhalten. Die Erbitterung über den freisinnigen Treubruch ist in der arbeitenden Bevölkerung unheimlich stark und das mag manchen an die Urne treiben, der sonst aus Gleichgültigkeit fern geblieben ist.

Der ganze Vorgang zeigt, daß auch hier, wo die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse bisher noch ziemlich leidlich waren, die Gegensätze sich bedenklich zugespitzt haben. Wir nähern uns reich schädlichen Zuständen.

Wir sind begierig, was Eugen Richter in der „Freis. Zeitung“ zu dem Streich seiner Gothaer Parteigenossen sagen wird.

Der „Fall Lipp.“ Der Münchener Universitätsprofessor Dr. Lipp richtet aus Lugano, wo er augenblicklich weilt, eine längere Zuschrift an die „Münchener Neuest. Nachr.“, in der er seine vielbesprochenen in der Heinge-Protestversammlung über die Rechtsprechung gemachten Aeußerungen wie folgt feststellt: Ich hatte gesagt, und ich lege darauf Gewicht: es gebe gewiß Unbilligkeit und Schamlosigkeit, gegen die man vorgehen solle, soweit es möglich sei, und vielleicht finde man dafür einmal den rechten Weg. Aber darum handle es sich in dieser Versammlung nicht, sondern in Frage stehe einzig dieser bestimmte Gesetzesvorschlag, die lex-Heinge mit ihrer Dehnbarkeit und Vielseitigkeit. Die Erfahrung nun, die wir mit dehnbaren und vielseitigen Gesetzen gemacht haben, seien, wie jeder wisse, übel genug, und hier laß ich fort: „Unsere Richter mögen gute Menschen sein, aber vielleicht sind sie zum Theil schwache Menschen. Sie mögen auch gute Richter sein, aber vielleicht unterliegen sie gelegentlich einmal der Neigung, allzuhart zu urtheilen, sei es um nach oben Blickend zu sein, sei es, weil sie dem Einfluß der Stimmung in ihrer Umgebung sich nicht zu entziehen vermögen. Ich muß gestehen, — ich sage dies als Ausdruck meiner ganz persönlichen Empfindung — das absolute Vertrauen für unsere Rechtsprechung, ich habe es verloren. Geseht, Sie nehmen das Wort Unbestechlichkeit so, daß Sie darunter die Unbestechlichkeit in jedem Sinne verstehen, dann muß ich bekennen, die ehemals vielgerühmte Unbestechlichkeit des deutschen Richterstandes ist für mich zur Legende geworden.“ Hierzu bemerkt nun Dr. Lipp in seiner Zuschrift: „Diese Worte bedürfen im Grunde keines Kommentars. Der Wortlaut schließt den Gedanken, daß ich von materieller Bestechlichkeit rede, aus. Die Bestechlichkeit, die ich meine, ist die Beeinflussbarkeit. Unser Richterstand, so scheint mir, unterliegt jetzt in außerordentlichem Maße Einflüssen, denen er nicht unterliegen sollte. Nur so sind mir gewisse Rechtsprechungen der letzten Jahre verständlich.“ Professor Lipp führt diesen Gedanken nun weiter aus. — Da es die bayerischen Heingemänner nun noch wagen werden, einen Scheiterhaufen für Lipp zu errichten, nachdem er selbst zugiebt, nichts anderes gesagt zu haben als so viele schon vor ihm? Zugutruhen ist den Heingemännern diese Schandlichkeit allerdings.

Freisinn und Wahlrecht. Der Singersche Antrag an die Berliner Stadtverordneten-Versammlung, sie möge eine Petition um Einführung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts an das Abgeordnetenhaus richten, ist der liberalen Presse gewaltig in die Glieder gefahren. Einzelne freisinnige Blätter haben noch gar nicht die Sprache gefunden; sie haben es kaum gewagt, den Antrag ihren Lesern mitzutheilen. Andere, wie die linksliberale „Volkszeitung“, bringen ihm dagegen alle Sympathien entgegen. Das Blatt nennt den Antrag nicht mit Unrecht einen „Prüfstein für wirklich liberale Gesinnung.“ „Kommt der Antrag zur Verhandlung (schließt die „Volkszeitung“ ihren Artikel), so arrangirt man offensichtlich eine namentliche Abstimmung, damit die Wählerschaft weiß, wo die anfrichtige Volkstreue steht.“ Das ist ehrlich gesprochen. Leider aber ist die „Volksztg.“ ein weißer Fleck im freisinnigen Blätterwald. Am schlimmsten ist die „Voss. Ztg.“, das Organ der Berliner Reichstagsfraktion, „königl. privil. Organ für Staats- und gelehrte Sachen“, über den Singerschen Antrag entrüstet. Sie wettert:

Wir halten es für unmöglich, das allgemeine Wahlrecht auf die Gemeindevahlen auszuweihen. Die städtische Verwaltung trägt in viel höherem Grade als die des Staats oder des Reichs den Charakter einer Vermögensverwaltung. In den Anlagen für Pflasterung, Beleuchtung und Entwässerung der Straßen, für Kanalisation, in den Markthallen und Krankenhäusern steckt ein Vermögen von Hunderten von Millionen und man kann die Verwaltung eines solchen nicht in die Hände derer geben, die zu ihm nichts beigetragen haben. Dem Vermögen stehen Schulden gegenüber, die verzinnt und abgetragen werden müssen, und man kann die Entscheidung darüber, auf welche Weise die hierzu erforderlichen Mittel aufgebracht werden sollen, nicht in die Hände derer legen, die nichts zahlen. Der alte deutsche Grundsatz, daß das Mitrathen und das Mitthaten zusammen gehört, steht dem sozialdemokratischen Antrage entgegen.

Es war vorauszusehen, daß die „Voss. Ztg.“ sich gegen den sozialdemokratischen Antrag wenden würde. Ist er ja auch Herrn Eugen Richter und denen, die sich noch um einige Schattierungen radikaler heben als er, schon aus dem plausiblen Grunde nicht recht, weil seine Ausführung der Herrschaft des Freisinn in vielen Städten ein Ende machen würde. Aber die Gründe, die von der „Voss. Ztg.“ herangezogen werden, sind klapperdürre. Ein prächtiges Wort, das von dem alten deutschen Grundsatz des Mitrathens und Mitthatsens unter einer Kommunalverwaltung, die das unantastbare Uebergewicht des Einkommens des freien Hauswirths zusichert, dessen ganzes Leben im Einklang der Rechte aufgeht, und die im weiteren das Uebergewicht der Menschenklasse garantiert, die sich aus den Thaten, aus der unbezahlten Arbeit anderer Lebensinhalten ergattert. Ja, jeder deutsche, freisinnig frisirte „Grundsatz“ ist selbst vom Standpunkt der Verächter des heutigen Unrechts ein faules Wort, wenn man erwägt, daß von dem etwa hundert Millionen Mark starken Etat der Stadt Berlin nur etwa der vierte Theil auf die Einnahmen aus der Einkommensteuer fällt, während die übrigen 73,5 pCt. auf indirekten Steuern und Einnahmen gegründet sind, zu denen jeder Einwohner und der unbemittelte relativ am stärksten beitragen muß, sei es als Miether, sei es sonst als Konsument. Warum nicht gerade heronsagen, liebe Vossin, daß es dem sozialdemokratischen Antrag gegenüber einfach die Wackelmittel des Besitzes zu mahnen gilt, ohne jede Rücksicht darauf, auf eine wie hohe Summe von Unrecht sie sich gründen?

Kleine politische Nachrichten. „Das mit einer Verständigung über die Dedungsfrage in der Budgetkommission bereits alle Schwierigkeiten in der Flottenfrage überwinden sein sollten“, so lautet der offiziöse Berliner Korrespondent der „Münchener Allg. Ztg.“, „glauben wir einwilligen allerdings nicht annehmen zu dürfen.“ — Sirichs Bureau meldet aus Breslau: Am Sonntag haben die im Kreis Landshut ansässigen Tischechen, die die Ausweilungsordnung erhielten, das preussische Gebiet verlassen. Angekündigt wurden zunächst die vierzig Tischechen, die seit drei Jahren erst ansässig sind. Der Aufstand für Tischechen dort ist für den Regierungsbezirk Regensburg nach einer Verfügung des Regierungspräsidenten auf höchstens 9 Monate bemessen. Die Zahl der im Kreis Landshut Ausgewiesenen beträgt etwa 360. Wenn Oesterreich mit gleicher Mühe zahlt, so sind es „Repressionen“. — Wie der Graubündener „Gesellige“ aus Konig meldet, sind dort 200 Reservisten einquartirt worden, da man wegen der Erweiterung des Gymnasiums größere antiepileptische Erzeffe befürchtet. Die Polizei ordnete an, daß alle Schankstätten um 8 Uhr Abends zu schließen seien. — In Brunn fand Dienstag Abend eine Sozialistenversammlung statt, an die sich eine große Straßendemonstration schloß. — Die Unterjochung in der Affaire des Attentäters Sibido ist, wie man der „Frankf. Ztg.“ aus Brüssel meldet, nahezu beendet. Nur das Eintreffen der in den Wagen gebrungenen Kugel aus Koppenhagen wird noch abgewartet. Der Bericht wird die Angelegenheit dann wohl Ende Mai oder Anfang Juni gelangen. — Ueber einen ersten Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei wird durch „Reuters Bureau“ aus Washington vom Dienstag folgendes gemeldet: Da der Sultan, entgegen seinem bereits vor 16 Monaten gegebenen Versprechen, immer noch nicht die Entschädigung an die amerikanischen Missionare hat zahlen lassen für das Eigentum derselben, im Gesamtwerthe von 90 000 Dollars, das während der armenischen Wirren zerstört wurde, so sind die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei jetzt sehr gespannt; und da die Diplomatie anheimend ihre Hilfsmittel erschöpft hat, kommt es möglicherweise schließlich dahin, daß der Staatssekretär Hay dem türkischen Gesandten seine Pässe schickt. — Der Telegraphenverwaltung in Lissabon (Portugal) wurde unterjocht, Telegramme der republikanischen Partei in Lissabon an Dr. Leids und die Angehörigen des gescheiterten Obersten Billehois-Wareum zuzustellen. Ein Telegramm des Blattes „Patria“ aus Oporto meldet, daß die Zensur verboten habe, dem Dr. Leids eine Kundgebung der dortigen Studierenden gegen den Durchzug britischer Truppen durch Mozambique zu übermitteln, sowie ferner diese Kundgebung den ausländischen Universitäten zu übergeben. In der Kundgebung heißt es, man müsse feststellen, daß die portugiesische Universität nicht an den verbrecherischen Verwegen der Regierung mitschuldig sei. Das Blatt kündigt an, daß es Listen für eine Protestkundgebung seiner Leser auflege; die Namen der Unterzeichner werde es sodann veröffentlichen. — Die Besetzung der Dafen Lmat und Jgl durch die Franzosen verurtheilt in den amtlichen Kreisen Karolos große Erregung. Ein hoher Beamter ist, wie dem Reuterschen Bureau aus Langer gemeldet wird, dort eingetroffen, um formellen Protest zu erheben. Man befürchtet, daß der wichtige Handel mit Laftlet zum Nachtheil des marokkanischen Schahs nach Algerien abgelenkt werde. — Der Aufstand der Aischanti, der nach den beschwichtigenden englischen Meldungen nur sehr harmloser Natur sein sollte, ist nicht nur nicht unterdrückt worden, sondern hat sogar einen immer gefährlicheren Charakter angenommen. Die Hofhas, die zur Unterstützung des Gouverneurs herbeigeeilt waren, sind jetzt augenscheinlich selbst in Bedrängniß gerathen, so daß man bereits Marinekruppen hat landen müssen. Ein Telegramm aus Accra vom 17. April lautet: Das Kanonenboot „Mappie“ hat Blaujaden bei Cape Castle gelandet zur Unterstützung der Hauffas, die bereits nach Kumassi abgegangen sind. Weitere Verstärkungen werden folgen. Gerichtsweise verurteilt, daß die Achtung entschlossen sind, die Dinge bis zum äußersten zu treiben, bevor die Verstärkungen angekommen sind und den Gouverneur im Fort Kumassi anzugreifen, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden. — Telegraphisch wird aus Bercon in Nordost-Rhodesia vom 3. d. Mts. gemeldet, daß die Cap-Rairo-Expedition nach dem Norden des Tanganyika Sees aufgebrochen ist, und daß von dort gemeldet wird, daß deutsche und belgische Soldaten dort gegeneinander kämpfen. (2) — In der Republik Columbia wüthet bekanntlich seit längerer Zeit ein Bürgerkrieg. Nach Rioquon (Jamaica) ist am Dienstag nach dem Reuterschen Bureau aus Columbia die Nachricht gelangt, daß bei Matumbudo zwei große Schiffe ge-
ratet.

gefunden hätten, in welchen die Aufständischen vollständig gefangen seien und große Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen gehabt hätten.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber den Parteitag der Sozialdemokratie Ungarns, der über die Osterfeier in Budapest tagte, entnehmen wir einem eigenen Bericht der „Wiener Arbeiterzeitung“, daß er mit tumultuösen Szenen begann. Die Arrangements des Parteitags ließen nicht die gewählten Delegierten ohne Weiteres zu, sondern hatten am Eingang des Versammlungsorts einen Kontrolldienst eingerichtet, durch den alle zurückgewiesen wurden, die den Arrangements nicht genehm waren. Infolgedessen gab es ernsthafte Prügel herüber und hinüber. Es waren aber trotzdem noch Gegner der bisherigen Parteileitung in den Saal gekommen und deshalb gab es auch im Saal selbst noch argen Tumult. Mehrere Opponenten wurden damit gedroht, daß man sie durchs Fenster werfen wolle. Nachdem schließlich unter fortwährendem Tumult S. Szroel den Bericht der Parteileitung erstattet hatte, verlangten die Gegner der Zeitung wiederholt das Wort, um über den Parteibericht ihre Bemerkungen zu machen. Da man ihnen das Wort nicht erteilt, vertheilten sie einen in Druck gelegten Beschlusstrag, der der Parteileitung das schärfste Mißtrauen ausdrückte. Endlich berichtete die Mandatsprüfungskommission, daß die Mandate von 143 Delegierten aus 92 Orten (Budapest eingeschlossen) verifiziert wurden. Dreizehn Mandate von Budapest Organisationskommissionen wurden als ungültig erklärt, ebenso circa 35 Mandate von Fabrikdelegierten. Wieder verlangten die Gegner der bisherigen Parteileitung energisch das Wort; sie wollten nachweisen, daß die Einberufer vierzig falsche Mandate an ihren Anhang vertheilt haben, daß vierzig „Delegierte“ im Saal seien, die niemand vertreten, während im Hof unten die regelrecht und legal gewählten Delegierten stehen. Es wurde ihnen das Wort nicht erteilt. Der Delegierte Stefan Farkas (Budapest) bestieg energisch darauf, das Wort zu erhalten. Wolanhi drohte ihm, er werde nicht lebend den Saal verlassen, wenn er nicht schweige. Diese Drohung wird den im Hof harrenden Ausschüssen mitgetheilt, sie stürmen in wilder Wuth die Treppe, stürzen in den Saal und es entsteht ein fürchterlicher Tumult, der nur durch das Eingreifen der zahlreichen Polizeiwachmannschaft mit Mühe gedämpft wird. Delegierter Farkas forderte seine Genossen auf, um Blutvergießen zu verhindern, den Parteitag zu verlassen. Unter großer Erregung verlassen den Saal 51 Delegierte aus 22 Orten. Darauf wurde sehr rasch der Parteibericht erledigt und die Parteileitung gewählt. Abends versammelten sich die 51 Delegierten, die den Parteitag verlassen hatten, zu einem Kommerse, in einem andern Lokal. In mehreren Tischreden betonten einige Redner, daß der heutige Tag der Ausgangspunkt sein müsse für eine Neuorganisation der Sozialdemokratie Ungarns, für die Schaffung einer wirklich sozialdemokratischen Bewegung.

England.

Der Emir von Afghanistan wird ungemüthlich. Er hat sich von England, das ihm in der eigenen Verlegenheit nicht mehr bieten kann, mit Redensarten hinhalten lassen und den russischen Lockungen wie Drohungen bisher widerstanden, jetzt aber ist seine Geduld zu Ende. Die „Times“ bringen nachstehendes Telegramm aus Lahore: Die „Civil and Military Gazette“ veröffentlicht einen Brief des Emirs von Afghanistan an einen vertrauten Diener, in welchem der Emir darüber klage führt, daß jetzt, wo Afghanistan auf allen Seiten bedrängt werde, die britische Regierung keinerlei Interesse an ihm zu nehmen scheine und sich bei Seite halte. Jedesmal, wenn er bei einem russischen Angriff einen Gegenzug angeregt habe, sei er ohne Antwort von der indischen Regierung geblieben, außer, daß ihm der Vorschlag gemacht sei, Afghanistan möge zu dem Bau von Eisenbahnen und Telegraphenlinien seine Zustimmung geben. Das sei aber unmöglich, da es ein Mittel sein würde, Afghanistan zu ruinieren. Der Emir schließt: Trotz aller dieser Sorgen habe ich mich 21 Jahre lang als feinen Bundesgenossen der britischen Regierung bewährt, nun aber muß ich der indischen Regierung sagen, daß jetzt die Zeit zu Thaten ist, nicht zu Reden.

Mit seinen Thaten kommt England selbst dem kleinen Volk der Buren gegenüber nicht vom Flecke und da soll es die Ansprüche des afghanischen Drängers noch befriedigen! Schließlich wird diesem die russische Probemobilmachung doch noch mehr imponiren, als englische Worte.

Vereinigte Staaten.

Ueber den Zusammenstoß zwischen italienischen Arbeitern und amerikanischen Truppen in der Nähe der New-Yorker Wasserwerke werden nunmehr bemerkenswerthe Einzelheiten bekannt. Dem Londoner „Daily Telegraph“ wird gefabelt:

Am Croton Fluß, von welchem New-York sein Trinkwasser bezieht, werden neue Reservoirs gebaut, wobei 800 Italiener für einen Dollar pro Tag beschäftigt sind. Sie verlangten höheren Lohn; allein derselbe wurde ihnen verweigert und nun drohten die Italiener, jeden zu erschließen, der an ihrer Stelle die Arbeit annehme. Die Italiener sind bewaffnet und sollen sich verschanzt haben; auch sollten sie Dynamit besitzen, womit sie eventuell den Damm des Reservoirs sprengen könnten, wodurch die Wasserleitung von New-York abhännte. Am Sonntag wurden 300 Mann Infanterie und 300 Mann Kavallerie zu den Streikenden geschickt, und da die Lage sich immer drohender gestaltete, wurde auch das New-Yorker siebente Regiment aufgeboten. Am Montag Abend kam die Komat Vernon Compagnie des ersten Regiments am Schauplatz der Unruhe an und übernahm den Vorpostendienst. Um neun Uhr Abends wurde ein Sergeant, Namens Douglas, welcher mit einer Wölfling die Hunde machte, aus einem Hinterhalte erschossen, worauf der Korporal der abziehenden Truppe sofort drei Salven in das Gehölz, welches die Italiener besetzt halten, ferner ließ. Zwei Kompagnien Soldaten wollten das Gehölz klären, aber Major Denise hielt sie zurück. Er zog darauf die Wachposten von den Hügeln am Gehölz zurück. Abends um acht Uhr fand man drei Italiener mit geladenen Revolvern innerhalb der amerikanischen Linien. Man nahm ihnen die Patronen ab, ließ

ihnen jedoch die Revolver und gestattete ihnen, sich zu entfernen. Die Italiener hatten Tausende von Patronen in einer Fabrik bestellt, allein diese verweigerte die Lieferung. In den italienischen Vierteln von New-York gab es Tumulte und Störungen. Der Einwanderungskommissar Fichte, hat sich im Auftrage der Regierung nach Croton begeben. Er beabsichtigt diejenigen Italiener, welche weniger als ein Jahr in Amerika sind, nach Italien zurückzuschicken. Die Unternehmer wollen heute mit neuen Kruten die Arbeit aufnehmen und man befürchtet, daß das zu einem verzweifelten Kampf führen wird.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatz. Die letzten Nachrichten vom südafrikanischen Kriege sind ziemlich belanglos. Wie in London verlautet, soll die Armee Lord Roberts ihre Operationen im großen Maßstabe endlich wieder aufgenommen haben. Roberts bezweckt, den Buren den Rückzug im Süden des Freistaates abzuschneiden. Stanzaendoneer wurde in der Richtung von Tabanhu vernommen.

Der „Times“ wird am Oster-Sonntag aus Sammersberg telegraphisch: Am Charfreitag-Morgen versuchten die Buren, unsere Linien zu durchbrechen. Wir schlugen sie aber nach einstündigem Kampfe zurück. Die herrittenen Schützen aus der Capcolonie sind täglich das Hauptziel der feindlichen Geschütze, doch sind ihre Verluste im allgemeinen überragend gering. Roberts selbst meldet aus Blumfontein von Dienstag: Die Abtheilung bei Wepener ist noch eingeschlossen, doch wird gemeldet, daß der Feind nur noch mit halber Kraft angreift und um seine Verbindungslinie besorgt ist (?), da er erfahren hat, daß englische Truppen sich von zwei Seiten Wepener nähern, und zwar die eine Abtheilung unter General Kuddle von Keddersonburg, die andere unter General Brabant via Rouvoille, der Letztere unterstützt von General Hart's Brigade.

Aus Pretoria meldet Reuters Bureau: Kommandant Froneman berichtet, er habe 400 Engländer über den Draaije-Fluß in der Richtung auf Alwal North gejagt, mehrere Gefangene gemacht sowie Wagen und Vieh erbeutet. Die Brücke bei Bethulie sei in die Luft gesprengt worden. Nach einer Meldung Lord Roberts vom 17. d. Mts. berichtete General Settle aus Kenhardt, daß etwa 200 Transvaal-Buren am 13. d. Mts. einen entschlossenen Angriff auf Doodsonport machten; der Ort wurde von einer Abtheilung irregulärer Reiter gehalten. Die Engländer verloren 2 Tote und 1 Verwundeten; der Verlust der Buren soll erheblich sein. (?)

Von den übrigen Kriegsschauplätzen erfährt man nicht viel Neues. Aus Christiana (nordöstlich von Kimberley an der Grenze zwischen dem Freistaat und der Transvaalrepublik) wird gemeldet, daß die ganze Baanflußlinie jetzt vollständig bewacht und alle wichtigen strategischen Punkte derselben besetzt und mit Artillerie versehen seien. Mafeking hält sich immer noch, die Hoffnung auf Entsatz wird jedoch immer geringer, da Lord Roberts' Streitkräfte noch geraume Zeit „unabkömmlich“ sein dürften, während die Buren offenbar alles daran setzen, die Stadt zur Uebergabe zu zwingen. Es liegt darüber folgende Nachricht vor:

Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus bei Plumers Truppen in Gaberones meldet vom 6. d. Mts. Die Buren-Artillerie vor Mafeking hat eine ausgezeichnete Bespannung. Die Maschinengewehre sind auf leichten Fuhrwerken montirt; jedes wird von 4 kräftigen Pferden gezogen. Unsere letzten Erkundigungsmärsche nach dem Marico-Distrikt ergaben, daß die Saaten vorzüglich stehen. Es ist unwahrscheinlich, daß die Transvaaler Mangel an Nahrungsmitteln haben.

Einer Kapstädter Meldung zufolge läßt die Burenregierung in der ganzen Kapkolonie einen Aufruf an die Kolonial-Afrikaner umlaufen, der sie auffordert, sich zu erheben und am Kriege theilzunehmen.

Das Anerbieten Transvaals, Portugal die Summe zu leihen, die es nach dem Delagoa-Schiedspruch zu zahlen hat, wurde mit Dank abgelehnt.

Die Regierung von Transvaal beabsichtigt, gegen die Deportation der Gefangenen nach St. Helena Protest einzulegen. Staatssekretär Reich erklärte einem Berichterstatter, die Regierung habe keinen Entschluß bezüglich der Befreiung der Minen gefaßt.

Die Generale Sir Redvers Buller und Charles Warren werden, wie Gatacre, auch ihrer Kommandos verlustig gehen infolge der scharfen Kritik, welche Lord Roberts an ihrem Verhalten bei den Operationen am Spionkop gelüßt hat. Die Abberufung beider wird demnächst erfolgen.

Wie von den englischen Sozialisten wurde auch von den Trade-Unions ein Manifest gegen den Krieg in Südafrika erlassen. Das Manifest ist von 85 000 Unterschriften begleitet und erklärt es als fache Lüge, daß der Krieg in Südafrika für die Freiheit und Rechte der in Transvaal beschäftigten englischen Arbeiter unternommen worden sei.

Philippinen.

Ueber die Zustände auf den Philippinen sichern ausschließlich immer mehr Nachrichten durch, die die Lage der Amerikaner als eine keineswegs beneidenswerthe erscheinen lassen. Durch die Abberufung des Generals Otis haben die Dinge kein anderes Aussehen erhalten. Ueber den Verlauf der Operationen hat die amerikanische Regierung derart den Schleier zu breiten verstanden, daß es unmöglich ist, sich ein Urtheil über das strategische Vermögen oder Unvermögen des Generals Otis zu bilden. Die ganze Beschaffenheit des Kriegsschauplatzes läßt aber vermuten, daß auch der Nachfolger Otis kaum in der Lage sein wird, durch rasche entscheidende Schlüge die „Aufständischen“ niederzuwerfen. Dieser Meinung ist auch ein höherer Funktionär des Kriegsdepartements, der sich folgendermaßen äußerte:

„Ich befürchte, daß die Armee noch ernste Schwierigkeiten vor sich hat; es ist zwar im Lauf der Zeit viel erreicht worden, aber die Philippinos sind eben doch nicht unterjocht und die neuesten Nachrichten zeigen, daß sie bereit sind, von Neuem zu beginnen. Sollte nur gar ein Aufstand in Manila ausbrechen, so würde daraus fürchterliches Blutvergießen entstehen. Und unmöglich ist das nicht. General Otis hat dies immer befürchtet.“

Daß man sogar einen Aufstand in Manila für möglich hält, beweist, wie wenig gefestigt die Herrschaft der Amerikaner selbst in den wichtigsten Plätzen des eroberten Gebiets sein muß. Uebrigens soll Aguinaldo selbst unlängst in einer Vorstadt Manilas gesehen worden sein. Sollte der Führer der Tagalen sich wirklich derartig tollkühn in die Höhle des Löwen hineingewagt haben, so könnte das nur im Vertrauen auf weiterzweigende und sichere Verbindungen geschehen sein. Ein heftigeres Auflockern des nur halberstickten Kriegsbrands darf nach all diesen Nachrichten als bevorstehend angenommen werden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 20. April 1900.

Achtung, Schmiede, Kesselschmiede und deren Hülfswarbeiter, Schuhmacher, Tapezierer! Zugung nach Lübeck

ist fernzuhalten! Die Bureau befinden sich: Schuhmacher, Lederstraße 3 bei Lecke; Schmiede, Kesselschmiede, Hundestraße 101 bei Spahrman; Tapezierer, Markesgrube Nr. 22 bei Krumohr.

Achtung! Sämtliche Braubierbrauereibesitzer haben die Verhandlung mit der Lohnkommission abgelehnt. Ihre Arbeiter sind daher zum Streik gezwungen. Die Arbeiterschaft wird daher wissen, was sie schon vom heutigen Tage ab zu thun hat. Niemand hat bewilligt. Alle Braubierbrauereien sind gleich.

Achtung, Braubierbrauer! Wegen Maßregelung ist der Bezug nach den Betrieben von Uter, Fischergrube, und Netmer, Hügelstraße, streng fernzuhalten. Die Arbeiterschaft wird ersucht, für Durchführung dieser Maßregel Sorge zu tragen.

Zur Beendigung des Malerstreiks. Auf Antrag der Innung fanden am Dienstagabend erneute Verhandlungen statt, in denen dadurch, daß die Meister in wesentlichen Punkten über das erst vor kurzer Zeit von ihrer Versammlung abgelehnte Angebot der beiderseitigen Kommissionen hinaus wichtige Zugeständnisse machten, eine Einigung erzielt wurde. Offenbar um Blamagen zu vermeiden, wie sie s. Zt. geholt wurden, hatten dieses Mal die Vertreter der Meisterschaft ausreichende Vollmacht. Die Gesellen hatten daher keine Veranlassung, ihrerseits ebenso hartnäckig zu verfahren, wie bisher die Meister. Sie erklärten sich zufrieden mit den Zugeständnissen, die ihnen gemacht wurden, und nahmen die Arbeit wieder auf nach einem Kampfe, der von ihnen mit eben so viel Ausdauer wie Geschick geführt worden ist. Sie haben die Probe glänzend bestanden und bewiesen, daß sie fähig sind, eine Lohnbewegung zu glücklichem Ende zu bringen. Und betont werden muß unbedingt, daß sie — darin das strikte Gegentheil siegreicher Arbeitergeber — die überaus günstige Position, in der sie sich befanden, nicht zu einer Demüthigung der Meister benutzt haben. Diese saßen in der ärgsten Klemme, und es wäre menschlich begreiflich gewesen, wenn die trotz ihrer Conianz so schroff behandelten Gesellen Gleiches mit Gleichem vergolten hätten. Das ist nicht geschehen, und damit haben sich die Gesellen ein ehrendes Zeugniß ausgestellt; Dank von der Ferne werden sie allerdings schwerlich bekommen und sicher nicht erwarten. Wir beglückwünschen die Maler zu ihrem Erfolge. Der von jetzt an geltende Tarif lautet:

- 1) Der Lohn für einen Malergehülfen beträgt 48 Pf. die Stunde. — (Bisher 45 Pf. d. M.)
- 2) Für Ueberstunden in der Zeit von 6-7 Uhr Abends sind 10 Pf. für die Stunde, für jede weitere Ueberstunde 15 Pf. Zulage zu zahlen. Die Ueberstunden beginnen nach 6 Uhr Abends. Nacharbeit fällt in die Zeit von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens. Hierfür ist 20 Pf. pro Stunde mehr zu zahlen. Alle 2 Stunden tritt eine Pause von 1/2 Stunde ein, die jedoch im Lohn mit verrednet wird. Für Sonntagsarbeit ist 20 Pf. Zuschlag pro Stunde zu zahlen. Brückenarbeit wird mit 10 Pf. Zulage pro Stunde vergütet.
- 3) Bei Arbeiten außerhalb des inneren Wegebezirks bis zu einer Meile (7,5 km.), vom Marktplatz aus gerechnet, muß der Geselle Morgens und Mittags bei Beginn der Arbeitszeit an der Grenze des inneren Wegebezirks sein. Nach Schluß der Arbeitszeit, Mittags und Abends, erfolgt keine Vergütung seitens der Meister. Bei Nichtbenutzung des Mittagweges wird derselbe Abends vergütet.
- 4) Bei Landarbeiten über eine Meile, wo der Geselle Abends nach Hause zurückkehren kann, erfolgt für die Stunde 5 Pf. Zuschlag, sonst wie in 3.
- 5) Bei Arbeiten in entfernteren Gegenden ist freie Station oder entsprechende Geldentschädigung sowie einmalige Hin- und Rückfahrt zu gewähren, doch ist der Meister berechtigt, an Ort und Stelle Gesellen für den dort üblichen Lohn anzustellen.
- 6) Der nach Stunden berechnete Lohn ist thunlichst am Sonnabend bis Schluß der Arbeitszeit an der Arbeitsstelle auszahlbar. Jedoch ist der Wochenzettel bis spätestens Sonnabend Nachmittag auszuliefern.
- 7) Falls ein auswärtiger Unternehmer Arbeiten hier am Orte ausführt, so darf die hiesige Gesellenchaft bei demselben nicht unter hiesigem Lohn arbeiten.
- 8) Gegenseitige Kündigung findet nicht statt.
- 9) Die Bestimmungen gelten vom 1. April 1900 bis 31. März 1901. Im Falle eine Aenderung gewünscht wird, muß eine Kündigung bis zum 15. Oktober 1900 erfolgen. Geschieht dieses nicht, so gelten die Bestimmungen 1 Jahr weiter.

Ein Wort noch an die Malergehellen. Ihrer festgestellten Organisation haben sie ihre Erfolge zu verdanken. Möge jeder Einzelne in den kommenden Tagen auf dem Posten sein, die Gewerkschaft durch neue Kräfte zu stärken, dann wird demnächst ein noch bedeutenderer Erfolg die Frucht sein.

Zum Schmiedestreik. Heute Vormittag um 11 Uhr fanden Verhandlungen der Kommissionen der Schmiede beider Fabriken und der beiden Betriebsdirektionen in der „Rathhaushalle“ statt. — Eine gestern Vormittag abgehaltene Sitzung mit der Direktion der Maschinenbauergesellschaft verlief resultatlos.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen ferner die Schiffszimmerer.

Non olet. In der Beilage der „Eisenb.-Ztg.“ Nr. 89 vom 13. ds. Mts. finden wir ein Inserat: „Reiche Heirath. Frühjahrs-Auswahl kolossal. Senden Sie nur Adresse. 500 reiche, reelle Heirathspartien. Bilder erhalten Sie sofort zur Auswahl.“ Gutes Einvernehmen herrscht nach der „Eis. Ztg.“ zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Barbiergewerbes hier am Orte. Wir fügen hinzu, daß auch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit üblich sind.

1,70 Mark Tagelohn — 3 Jahre Zuchtstrafe. Vor dem Schwurgericht hatte sich gestern der Landbriefträger Krohn, 28 Jahre alt, zuletzt in Behlendorf in Stellung, wegen Unterschlagung im Amte und Urkundenfälschung zu verantworten. Es war die alte Geschichte

vom Postunterbeamten, der auf Abwege gerath. Unge-
nügliche Befolgung und eine etwas leichtsinnige Natur
— der Rest: Strafgericht. Der Angeklagte hat sich in
17 Fällen vergangen. Ihm wurden mildernde Umstände
verfaßt, und das Gericht erkannte auf die enorme Strafe
von 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. —
Glücklicher fuhr der Arbeiter Hoffmann, welcher be-
schuldigt war, aus Noche einen Strohdieben des Hufners
Zimmermann in Grammersdorf in Brand gesteckt
zu haben. Er wurde freigesprochen.

Die Schleusenmeister des alten Stecknitzkanals
sind jetzt, nachdem der Letztere nicht mehr benutzt wird,
pensionirt worden. Sie bezogen, so schreibt die „Mösk.
Blg.“, ihr Gehalt vom Kreise und hatten die Nutzung
der dem Lübecker Staat gehörenden Schleusenmeister-
wohnungen und Ländereien. Auch von Wohnung und
Land mußten diese Beamten die hezugiiche Pension be-
ziehen, so hat das Reichsgericht entschieden. Lübeck wei-
gert sich, dem Kreise diesen Theil der Pensionen zu er-
halten, lehnt auch die Anbahnung von Verhandlungen
in dieser Angelegenheit ab, so daß gegen Lübeck im Klage-
wege vorgegangen werden muß.

An der Verzögerung des Bahnhofsbaus ist nach dem
„Hbg. Corr.“ Mecklenburg Schuld. Mag sein!
Aber doch nur als Helfersthelfer der langsamen Lübecker!

Ein Dachstuhlbrand, welcher durch die Feuerweh-
r rasch gedämpft wurde, entstand gestern Abend gegen
11 Uhr in der Werkstätte des Tischlermeisters Schwartz,
Wahmstraße.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag,
den 23. April 1900. statt. Die Tagesordnung lautet:

Danksagung.

Allen denen, welche unserem auf so traurige
Weise beim Elevator ums Leben gekommenen
braven Kameraden die letzte Ehre erwiesen, sagen
unsern besten Dank.

Mehrere Arbeitskollegen.

- Ein Logis zu vermieten Friedenstraße 28, 1. Et.
- Ein febl. Zimmer Schützenstr. 32, 2. Et.
- Ein febl. Logis an einen jg. Mann zu vermieten Ludwigstraße 28.
- Möblirt. Zimmer für 2 junge Leute zu vermieten Gelsenstraße 7, 1. Et.
- Eine Stube und Küche zu vermieten an eine einzelne Berf. Pleskerstraße 2.

Gesucht zu sofort

- ein Knabe zu leichteren Arbeiten außer der Schulzeit Dornstraße 11a, dort.
- Gesucht zum 1. Mai ein junges Mädchen zu häuslichen Arbeiten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Gesucht ordentlicher Laufjunge außer der Schulzeit.

J. S. Kleye, Untertrave 9.

Mohr'sche Margarine
Marke Mohra Pfd. 70 Pfg.
sowie andere Marken zu 50, 55, 60, 65 Pfg.
2 Pfd. weiße 5 Pfg. billiger.
Schmalz Pfd. 45 und 50 Pfg.
empfehlen bestens
Obertrave 8. Ludwig Hartwig.



Schreibhefte, Zeichenhefte,
gedruckte Schulbücher,
Schul-Tornister, Reißzeuge,
sowie sämtliche Schreib- und
Schul-Utensilien
empfehlen
Johs. Breede, Papierhandl.
Sandstr. 37.

Wachtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 20. April

Abends 8 1/2 Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Lohnkommission.
2. Berichterstattung vom Kartell.
3. Innere Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen erucht

Die Ortsverwaltung.

I. Mittheilungen des Senates. II. Anträge des Senates.
1) Erlaß einer Notariatsordnung; 2) Gewährung einer
Beihilfe von 500 Mark jährlich an das Rettungshaus
zum Ruhehalte des Hausvaters Lichtward; 3. Bewilligung
von 7500 Mark zur Ausstattung der neuen Räume des
Rathswinkelers mit Mobiliar; 4) Landüberlassung an
den Privatier F. H. V. Witzig und Ausbau der Bröling-
straße in der Vorstadt St. Lorenz; 5) Erlaß, bezw. Ge-
mäßigung der Hafengebühren für eine neu einzurichtende
Dampferverbindung zwischen Lübeck und Christiania. III.
Kommissionsericht. betr. die Senatsvorlage wegen Anlage
eines zweiten Kirchhofes für die St. Lorenz-Kirchen-
gemeinde.

Die Abscheide wird am 20. und 21. ds. Mts. wegen
Stielarbeiten für Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

In das Handelsregister ist eingetragen: am 17. April
1900 bei der Firma: „E. F. Wessel“. Die Firma ist
erloschen; bei der Firma: „E. Rabermann“. Die Firma
ist erloschen.

pb. Verhaftungen. In Haft gerietten ein Barbier,
der von der Staatsanwaltschaft zu Oldenburg wegen
Unterschlagung flechtbrieflich verfolgt wurde, ein Zimmerer,
welcher von der Staatsanwaltschaft Köln wegen Körper-
verletzung gesucht wird, ein Handlungsgehilfe, welcher sich
des Vergehens gegen den ominösen § 9 des Gesetzes
beir. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes
schuldig gemacht haben soll, und fünf Trunkenen.

Män. Gewerkschaftliches. Hier selbst wurde
nach einem Referate von Föllsch-Lübeck eine Z. hstelle
des Verbandes der Maler gegründet. Wir wünschen
ihre kräftiges Gedeihen.

Heiligenhafen. Geregelt ist die Lohnfrage der
Maurer und Zimmerer und zwar durch gütliche Verein-
barung. Die Verhandlungen leitete Mügel-Lübeck.
Flensburg. Unfall. Die bei Lindauis über die
Schlei führende Eisenbahnbrücke der Kiel-Flens-
burger Bahn wurde am Dienstag Nachmittag von einem
Dampfer angerannt und theilweise zerstört. Der um
2,58 Nachmittags von Kiel abgefahrene Eisenbahnzug
mußte in Folge dessen bei Lindauis Halt machen; die
Passagiere wurden auf Booten über die Schlei gefeßt
und trafen in Folge dessen mit 1/2stündiger Verspätung
auf einem schleunigst herbeigeschafften Ersatzzuge in Flens-
burg ein.

Briefkasten.

A. B. C. Wegen der Gebührenordnung für Hebammen
wollen Sie während der Sprechstunde der Redaktion bei uns vor-
sprechen, da sich die Frage ohne Weiteres nicht beantworten läßt.

Quittung.

Beim Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei wurden
durch Br. 10.—Mk. eingeliefert.

Sternschanz-Viechmarkt.

Saraburg, 18. April

Der Schweinehandel verlief lau.
Zugelohr wurden 2350 Stück. Preise: Berlinhühner, 1. Klasse
42—44 Mk., leichte 44—45 Mk., Sauer 36—39 Mk. und Kerel
43—45 Mk. pr. 100 Pfd.
Der Kälberhandel verlief träge.
Zugelohr wurden 1020 Stück. Preise: Beste 85—96 Mk.,
geringere 56—75 Mk. pr. 100 Pfd.

Ohne Preiserhöhung
meiner Waaren gebe ich

Rabattmarken

Fordern Sie bei Ihren Einkäufen
im Betrage von je 50 Pfennig 1 Marke.
Vollc Karten mit 100 Marken
nehme ich mit 1.00 Mark in Zahlung.

C. Harz

Fettwaaren = Special = Geschäft
Lübeck

Breitestraße 60a
und
Sandstraße 27.

Streichf. Oelfarben

sowie schnelltrochnendes

Vulkanfussbodenglanzöl

empfehlen

Otto Fehlauer

Drogen und Farben

Fackenburger Allee 32.

Schnell-

trochnend und von hellem Glanz!

Fussbodenöle u. Lacke

in bester Qualität empfehlen

Ferd. Kayser

Breitestraße 81. vis-à-vis d. Markt u. Rathhaus.

Drahtgeflecht

Einfriedigungsdraht

Feld- und Gartengeräthe

zu billigsten Preisen.

Emil Seidel & Co.

Lübeck, Gr. Burgstraße 40.

Riesen- Bazar

Breitestr. 33 Lübeck Breitestr. 33

empfehlen

in größter Auswahl:

Mädchen-Schultaschen

von 35, 40, 45, 50 Pfg. 1.25, 1.50, 2.00 2.25,
3.00 bis 3.50 Mk.

Mädchen-Tornister

(in Stück) 1.40 bis 2.50 Mk.

Knaben-Tornister

50, 55 Pfg., 1.10 Mk., in Stck 1.25, 2.10
3.00 bis 5.00 Mk.

Federkasten

10, 25, 30, 35 und 40 Pfg.

Griffelkasten

5 und 10 Pfg.

Griffel

100 Stück 20 Pfg.

Bleistifte

Duzend 25 Pfg.

Bürgerlicher Mittagstisch

Mittagsessen 30 und 40 Pfg., Abendessen 30 Pfg.

Gran Kieck, Mengstraße 21, part.

Miethe-Quittungs-Formulare

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Auction

am Freitag den 20. April,
Nachmittags 2 1/2 Uhr

41 Hundestraße 41

über Mobilien, Waaren aller Art, 1 Mahagoni-
Schreib-Tisch, 2 Sophas, Küchenschrank,
2 Kleiderschränke, 2 Herren-Sessel, Commode,
2 Fahrräder, Tisch, Essschranke, 120 Mille
ff. Cigarren, Schloßkorb, Jagdwecken, Damen-
hemden u. v. u. G. m.

Joachim Ch. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator

Feinste Herren- u. Knabenanzüge

äußerst billig! im Ausverkauf!!!

Ferner: Buchskin-Hosen, Westen, Arbeits-
Garderoben, Hemden, Jacken, Strümpfe,
Hüte, Mützen u. aller Art Kinder-, Damen-
und Herren-Fußzeug, Leder- und Filz-
pantoffeln u. s. w. empfiehlt in größter Auswahl
und billigt

Rud. Kracht, Hagelb. Allee 40.

Sämmtliche Colonial-Waaren

insbesondere frisch gebrannten Caffee in
vorzüglicher Güte per Pfd. 80, 100, 120, 140 Pfg.,
schöne Pflanzen, per Pfd. 20, 25, 30 Pfg.,
prima Schmalz, Pfd. 50 Pfg., hochfeine
Margarine, Pfd. 50, 60, 70 Pfg., div. Käse,
Pfd. 30, 60, 80 Pfg., Salzburken und hoch-
feine große Fettheringe, Grummesser
Doppel-Kümmel u. alle sonst. Spirituosen
empfehlen billigst und bestens

Rud. Kracht, Hagelb. Allee 40.

NB. Schnellste und aufmerksamste Bedienung.

Achtung Brauer!

Umstände halber kann die auf Donnerstag an-
gesetzte Versammlung erst am

Freitag den 20. April

stattfinden.

Mitglieder-Versammlung

der

Central-Kranken- und Sterbe-Unter-

stützungskasse der deutschen Schiffbauer

am Sonnabend den 21. April

Abends 8 Uhr

bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59.

Tages-Ordnung:

Abrechnung. Verchiedenes.

Die örtliche Verwaltung.

Lübeck. Reuterkrug.

Circus Jansly

Täglich Abend 8 Uhr

Extra-Vorstellung.

Vorzügliches Programm.

Durchschlagender Erfolg des gesamten

Künstlerpersonals.

Neu! Neu!

Erstes Auftreten der Luftgymnastikerin

Miss Helene Athene.

Brillante Schul- u. Freiheitspferde

Billets von 10 bis 6-Uhr bei Herrn

Sager, Kohlmarkt. Dugendbillets gültig

Näheres die Tageszettel.

Die Verwendung Wehrpflichtiger im Auslande.

Am 21. März wurde bekanntlich im Reichstage die Frage erörtert, ob deutsche Wehrpflichtige ohne ihre Einwilligung im Auslande stationiert werden dürfen. Die Konservativen bejahten sie natürlich stramm, Staatssekretär Tirpitz war selbstverständlich ähnlicher Meinung, das Zentrum sagte, seiner Eigenschaft als Partei für höhere Geil-tänzerie getreu, weder Ja noch Nein, nur die Sozialdemo-kratie bestritt die Berechtigung unzweideutig. Und dieser Standpunkt ist auch unzweifelhaft der richtige, denn er allein entspricht dem Wesen der allgemeinen Wehrpflicht, mit der es unvereinbar ist, daß sie reinen Weltmachtgelüsten und Kolonialabenteuern Vorschub leistet. Die allgemeine Wehr-pflicht beruht auf der Idee der reinen Verteidigung des Vaterlandes, wie schon ihr Ursprung beweist. Sie wurde in Frankreich am Ende des vorigen Jahrhunderts, als die junge Republik von fast ganz Europa bedroht wurde, zum erstenmal in einem europäischen Kriege erprobt, sie wurde dann in Preußen unter dem Drucke der napoleonischen Herrschaft eingeführt. Sie ist also nicht aus dem Gedanken des Raubes hervorgegangen, sondern sollte nur dem Schutze des Landes dienen. Damit ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß eine auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht geschaffene Armee zum Angriff auf ein fremdes Land übergeht; dieser Angriff darf aber nur zum Zwecke der Abwehr eines drohenden gegnerischen Geschehens. Daß aber die Chinesen, die Samoaner oder die afrikanischen Neger das deutsche Reich irgendwie bedroht haben, wird wohl auch der größte Kolonialschwärmer nicht behaupten wollen. Aus der nackten Thatsache, daß Kolonien nur auf dem Wege des Raubes, der Usurpation erworben werden, ergibt sich allein schon die Unzulässigkeit, hier aus der allgemeinen Wehrpflicht her-vorgegangene Truppen ohne ihre Zustimmung zu ver-wenden.

Ferner kommt doch auch noch die einfache Gerechtig-keit in Betracht. Es ist wahrlich schon genug, daß die aus dem ganzen Volke hervorgegangene Armee ohne jede Anfrage bei der Vertretung eben dieses Volkes mobilisiert und in einen europäischen Feldzug geschickt werden darf, es ist auch vollaus genug, daß der Wehrpflichtige auf 2 und 3 Jahre aus seiner Heimat, aus seinem Beruf gerissen wird, nur um das soldatische Handwerk zu erlernen. Daher ist es gewiß nicht am Platze, den Mann auch noch par ordre de moulti in eine überseeische Gegend zu bringen, wo ihn Typhus, Malaria, Cholera und eine feindselige Bevölkerung bedrohen. Wer Lust zu solchen Abenteuern hat, mag sie aufsuchen, auch der Berufssoldat muß sich ihnen auf Befehl unter-ziehen, aber einen Soldaten, der nicht freiwillig, sondern nur auf Grund gesetzlicher Bestimmungen den Waffenrock trägt, in solche fremdländische Gebiete zu versetzen, ohne nach seiner Zustimmung zu fragen, ist unerhört und erinnert an Sklaverei.

Endlich ist ein solches Verschicken in die Kolonien auch vom militärischen Standpunkt aus unrichtig. Der auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht eingezogene Mann soll das Kriegshandwerk lernen, das er auf europäischem Schlachtfeldern braucht. Dieses kann er sich aber in den Kämpfen mit Wilden und Chinesen nicht aneignen, im Gegenteile wird er in solchen Renkonters die für einen Krieg zwischen zivilisierten Nationen wöhnlichen Eigenschaften sehr bald verlieren bez. überhaupt nicht erlernen.

Nun hat der Abgeordnete von Levetzow auf den Fahnen-eid hingewiesen, der den Soldaten verpflichte, „zu Wasser und zu Land“ zu dienen, woraus Herr von Levetzow die Zulässigkeit der zwangsweisen Stationierung unserer Truppen in den Kolonien ableitete. Demgegenüber ist zu bemerken, daß der Fahneid, der mindestens schon 60 Jahre alt ist, zu einer Zeit festgelegt wurde, wo noch Niemand an ein

deutsches Reich, geschweige denn an deutsche Kolonien dachte. Weiter muß erwähnt werden, daß der Fahneid überhaupt nicht streng nach den Gesetzen formuliert ist und daher jeder Beweisraft entbehrt. So schreibt er zum Beispiel vor, daß die Befehle der Vorgesetzten ohne Widerrede und unverdrossen zu vollziehen seien, das heißt, es müßten also nach dem Fahneid auch solche Befehle vollzogen werden, die eine strafbare Handlung bezwecken. Das ist aber selbstverständlich falsch, wie der § 47 des Reichsmilitärstrafgesetzbuches, wo-nach derjenige, der einen auf ein Vergehen oder Verbrechen abzielenden Befehl im Bewußtsein von dessen Strafbarkeit vollzieht, als Teilnehmer bestraft wird, zur Genüge darthut. Endlich ist noch zu erwähnen, daß der Fahneid überhaupt nur eine Ceremonie mit lediglich symbolischer Bedeutung ist. Auch wenn ein Rekrut noch vor der Ableistung des Fahnen-eides desertriert, so wird er dennoch wegen Fahnenflucht zur Verantwortung gezogen, weil eben die Bestimmungen der Wehrpflicht unabhängig vom Fahneid im Reichsgesetz festgelegt sind, das der Ausreißer verletzt hat. Und sollte dieses Reichsgesetz den geringsten Zweifel über die Unzu-lässigkeit der zwangsweisen Verwendung deutscher Truppen in den Kolonien gestatten, so wäre es höchste Zeit, die Lücke zu schließen.

Uebrigens bietet die Behauptung der Konservativen, daß unsere Mannschaften auch gegen ihren Willen in die Kolonien verschickt werden dürfen, sowie die Haltung der Regierung in dieser Sache ein treffliches Agitationsmaterial gegen die Kolonial- und Weltpolitik. Wenn die Eltern jeden Augen-blick damit rechnen müssen, daß ihre Söhne an die Stätten der Cholera, des Typhus, des gelben Fiebers gebracht werden, so wird ihnen die Last an dem „größeren Deutsch-land“ bald vergehen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Maurer- und Zimmerer in Bleicherode legten wegen Lohn-differenzen die Arbeit nieder. — Der Streik der Perle-mutterknopfmacher in Kelsbra dauert fort. Die durch den Vertreter des Vorstandes des deutschen Holzarbeiter-verbandes versuchte Vermittlung zur Beilegung der Diffe-renzen wurde von den Fabrikanten zurückgewiesen. — Die Arbeiter der Treibriemenfabrik „Herold“ in Welle sind in Folge von Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. — Der Streik der Instrumentenmacher in der Pianofabrik von Lorenz (nicht Lorenz) in Zeitz endete zu Gunsten der Arbeiter. — In Wiesbaden sind die Maurer in Streik getreten. — Die Metallarbeiter in Mainz sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Von den Arbeitern sind 85 pCt. organisiert. Die Fabrikanten und Meister haben in ihrer Mehrzahl unter Vorbehalt den einge-reichten Forderungen bereits zugestimmt. Die Antwerpener Diamant-schleifereibesitzer bewilligten die vom gemischten Komitee geforderten Lohnerhöhungen. — Der seit zwei Monaten währende Streik in Carmany ist be-endet.

Den Bau eines Gewerkschaftshauses beschlossen die Gewerkschaften in Blaueu, weil es den Gewerkschaften wie der sozialdemokratischen Partei an einem größeren Saale zur Abhaltung von Versammlungen mangelt. In dem projektierten Gewerkschaftshaus soll den Arbeitern auch billiges Essen geboten und eine Kasse errichtet werden.

Die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen tagten am Montag in Hannover. Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Novelle zur Gewerbe-or-dnung. Die Versammlung erklärte sich mit den Be-schlüssen des Reichstags als dem Mindestmaß dessen was zu beanpruchen wäre, einverstanden. Weitere Beschlüsse erklärten sich für die Einsetzung von Handlungsgehilfen-Kammern, und von Handels-Inspektoren, sowie für die Waarenhaussteuer. Dem Handlungsgehilfentag ging ein

Verbandsstag, der sich hauptsächlich mit Aenderung der Satzungen befaßte, voran. In diesen heißt es: „Zu den und in einem bewußten Gegensatz zum Deutschthum stehende Angehörige anderer Nationen können keinerlei Mitgliedsrechte erwerben.“ Ein Antrag, auch Sozialdemokraten auszu-schließen, wurde abgelehnt.

Der Textilarbeiterkongress beschloß, sofort in ganz Deutschland eine Agitation für den gesetzlichen Zehn-stundentag einzuleiten.

Die Thätigkeit der sozialdemokratischen Partei in Württemberg. Die württembergischen Parteigenossen geben auf Grund der Beschlüsse der vorigen Landesversamm-lung seit November vorigen Jahres eine Landagitations-zeitung unter dem Namen „Schwäbischer Volksfreund“ her-aus, von der bis Ende März 220 000 Probeblätter aus-gegeben wurden. Vorläufig erfordert das Blatt noch einen Zuschuß von monatlich 400 Mk. Der „Tagewacht“-Kalender wurde in 14 000 Exemplaren verkauft. Ferner wurden 7000 Maifest-Zeitungen verkauft und zu Landtags- und Reichstags-Wahltagen 84 000 Flugblätter verbreitet. Die regelmäßigen Beiträge an die Landeskasse erreichten die Summe von 4043 Mk., für Mainmarken wurden 1931 Mk. und auf Sammelbons 406 Mk. eingenommen. Die Ge-samteinnahmen betragen 7557 Mk., die Ausgaben 5876 Mk. Die Landesorganisation umfaßt jetzt 136 Mitglied-schaften.

Der Jahreskongress der italienischen Sozial-demokratie tritt am 24. Mai in Rom zusammen. Er wird sich hauptsächlich mit Organisationsfragen und der Taktik bei den nächsten Wahlen beschäftigen.

In Trient erscheint seit Sonnabend ein neues, in italienischer Sprache geschriebenes Parteiorgan „Il Popolo“ (Das Volk). Unsere österreichischen Parteigenossen verfügen jetzt über 4 Tagesblätter.

Die Lage des Arbeitsmarktes im März fand unter dem belebenden Einfluß der wiederbeginnenden Ar-beiten in Landwirtschaft und Baugewerbe. Die Vorfälle des Wirtschaftslebens, die in letzter Zeit hier und da zu einigermaßen ernstern Besorgnissen für die Zukunft Anlaß gaben, sind nach den Beobachtungen der Berliner Halb-monatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ nicht stark genug, um die andauernd günstige Lage in ihr Gegenteil zu verwandeln. In Bergbau, Hütten, Metall- und Maschinen-Industrie dauert der gute Geschäftsgang nach wie vor fort. Im Bau-gewerbe die Maurerstreiks, in der Bekleidungsindustrie die Schneiderstreiks und ihr Verlauf sind ebenfalls Symptome davon, daß die Lage noch immer als günstig betrachtet wird. Allerdings bringt die anhaltende Höhe der Kohlenpreise für viele Betriebe eine Erschwerung, vereinzelt daher auch weitere Betriebseinschränkungen mit sich. In einzelnen Industrien, wie in den Textilgewerben, stehen bereits neben Bezirken mit glänzendem Geschäftsgange auch solche, wo wenig oder fast nichts zu thun ist. — Die überwiegend günstige Lage erhält auch ihren Ausdruck in den Ziffern der städtischen Krankenkassen, nach denen vom März auf April d. J. die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 3,4 pCt. gegen 2,6 pCt. im Vorjahre zunahm. Auch an den deutschen Arbeitsnach-weisen konnte im März der Bedarf an Arbeitern im Durch-schnitt nicht gedeckt werden. Auf hundert offene Stellen kamen 94,8 Arbeitsuchende. Allerdings, wenn man bedenkt, daß die letztere Zahl im März d. J. sogar nur 87,7 betragen hatte, so dürfte auch dies immerhin den Zeichen dafür zuzä-hlen sein, daß die günstige Konjunktur ihren Höhepunkt bereits überschritten hat.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Wie die „Danziger Neue Nachr.“ melden, wurde der Kopf des in Rom ermordeten Gym-nastikanten Winter ziemlich gut erhalten von spielenden Knaben in einem Graben gefunden. Der frühere Abbeeder Israelski

„Ich danke Ihnen für Ihre Aufrichtigkeit, murmelte er und verließ das Zimmer.“

Martha mußte nicht wie ihr geschehen. Sie stand mit gesenktem Haupte, mit niederhängenden Armen. Dann preßte sie die glühenden Wangen in stummem Schmerz gegen die Fensterscheiben.

Was das Glück wiederum einmal an ihr vorüber-gegangen?

Das Zusammentreffen mit Diebenow bei den gemein-samen Mahlzeiten gestattete sich in den nächsten Tagen außer-ordentlich peinlich. Martha mußte ihre ganze Selbstbeherr-schung aufbieten, um den beobachtenden Blicken nicht anders zu erscheinen als sonst; und auch Diebenow hatte in seinem Benehmen an Sicherheit verloren. Es fiel daher Martha wie ein Alp vom Herzen, als er eines Tages beim Mittag-essen verkündete, er werde übermorgen seine längst geplante Urelandsreise nach der Schweiz antreten. Er wisse noch nicht, wie lange er bleibe, und werde seine Ankunft vorher melden, erklärte er.

Frau Andree ließ sein Zimmer in der gewohnten Ord-nung. Martha aber glaubte ihn zu verstehen: er würde nicht wiederkommen. Ein zweites Scheiden auf Zimmer-wiedersehen, und diesmal war sie es, die dem Abschied aus-zuwweichen trachtete.

Und unablässig grübelte sie darüber nach, was wohl die Veranlassung zu seinem seltsamen, unerklärlichen Benehmen gegeben haben könne? War es wirklich denkbar, daß er ihr die Jugendliebe, die sie ihm auch seine Frage so aufrichtig gebeichtet hatte, nicht verzeihen konnte? War er nicht ganz ruhig geblieben bei ihren Eröffnungen? Noch immer klang ihr der weiche Ton seiner Stimme im Ohr. Und dann, während sie weiter erzählte, hatte er sich plötzlich von ihr abgewandt; alle Wärme war aus seiner Stimme ver-schwunden. Es war, als sei etwas zwischen sie getreten, und mit welchem Herzen fragte sie sich wieder und wieder,

Die Sünden der Väter.

Roman von Okerloh.

14. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Ja und nein“, erwiderte Diebenow bedächtig. „In Ihren Augen leuchtet ein Strahl von Schwärmerei, den ich nicht auf seine Rechnung setzen möchte, und um Ihren Mund schwebt ein Hauch von Melancholie, von Resignation, für den ich auch eine andere Erklärung suche. Ich habe darüber manchmal nachgedacht. Darf ich Ihnen sagen, zu welchem Schlusse ich gekommen bin?“

Ihr Blick irrte am Boden umher. „Nein“, wollte sie sagen, doch ließ er ihr nicht Zeit zur Antwort, sondern fuhr sogleich fort:

„Ich glaube, Sie haben eine unglückliche Liebe gehabt, vielleicht schon vor Jahren, kaum dem Kindesalter ent-wachsen, und doch können Sie noch immer nicht darüber hinwegkommen.“

„O!“ unterbrach ihn Martha lebhaft. „Das letztere ist falsch. Den Anfang haben Sie richtig gerathen; das Ende nicht. Ja, ich habe einmal Jemand sehr lieb gehabt und er mich auch. Dann ist er ohne Abschied von mir ge-gangen und hat mich vergessen, und ich hab' ihn auch ver-gessen, und alles ist längst, längst verwunden. Er ist in die weite Welt gegangen auf Nimmerwiedersehen.“

Diebenow war nicht böllig bei der Wahrheit geblieben. Er hatte den Vorgang nur zum kleinsten Theil errathen, die Hauptfache hatte ihm Leonhard auf sein Befragen er-zählt. Es war inzwischen dunkel geworden im Zimmer. Er konnte Marthas Gesichtszüge nicht mehr unterscheiden; er hörte nur ihre vor Erregung zitternde Stimme, aus der eine Liebe sprach, die sich in Haß verkehrt, und er hätte sie umarmen und an sein Herz drücken mögen dafür, daß sie so leidenschaftlich bemüht war, ihn zu überzeugen, daß ihr Herz frei sei, — frei — für ihn? — —

„Wirklich, Fräulein Martha, wirklich?“ flüsterte er. „Ja, wirklich“ bestätigte Martha, „das darf Sie nicht wun-dern. Wieviel hatte er meinem Vater zu verdanken. Er war ohne alle Angehörigen, ein junger Schwede.“ Diebe-now zuckte zusammen — „und uns schnöde zu verlassen, gerade als Papa starb und wir ins Unglück gekommen waren.“

Ein junger Schwede! Was war es, daß ihm in dieser Stunde mit zwingender Gewalt den Mund schloß, der sich eben öffnen wollte zu einer großen, wichtigen, glückbringen- den Frage?

Eine lange Stille trat ein. Immer inniger umspann das Dunkel die beiden, die einander schweigend gegenüber-standen. Schweigen ringsum. Nur die Uhr tickte, und von der Straße herauf drang das Geräusch der vorüberrollen- den Wagen. Berwirrt und erwartungsvoll sah Martha, wie die Augenblicke langsam zu Minuten wurden; — und noch immer kein Wort.

Es war Diebenow eingefallen, ein junger Schwede wurde mit Gerüchten in Zusammenhang gebracht, die über Marthas Vater im Umlauf gewesen waren. Und das führte ihn mit einem Schlage deutlich vor die Seele, wie unüber-legt er eben zu handeln im Begriffe gewesen war, er, der besonnene, der torrette Diebenow! Was würden die Seinen, die vornehme, stolze, begüterte Bremer Patrizierfamilie wohl gesagt haben, wenn er ihnen eine Frau ins Haus gebracht hätte, deren äußere Lebensbedingungen so wenig den seinen entsprachen? Nicht was das Vermögen anbetraf; darüber würde man sich schließlich hinwegsetzen haben. Aber im übrigen. Die undurchsichtigen Familienverhältnisse. War er es nicht ihnen, nicht sich selbst schuldig, sich erst zu verge-wissern, daß wirklich und wahrhaftig kein Makel an der Familie haftete?

Simmer mehr verdichtete sich das Dunkel, und peinlich lastete das Schweigen auf Martha. Endlich ergriff Diebe-now Marthas Hand.

